Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 133 — Sonnabend, den 7. November 1931. — 44. Jahrgang

S 1 Br. Schwennicke Postfach 347

Universitätsbibliothek

Brüning vor seinen Parteifreunden.

Prälat Kaas gegen Koalitionsgerüchte.

Berlin, 6. November.

Auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, der in Berlin zusammengetreten war, wandte sich der Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Kaas, gegen die Koalitionsgerüchte, die, wie er sich ausdrückte, in jüngster Zeit von Kreisen außerhalb der Partei und der Oeffentlichkeit erörtert worden seien.

Es seien keine Tatsachen eingetreten, die geeignet wären, an dem seinerzeitigen Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages, in der jede Tolerierung einer Rechtsregierung abgelehnt wurde, irgend etwas abzuändern.

Es sei jetzt nicht die Zeit für derartige Koalitionsredereien, die schließlich nur geeignet wären, die Aktionsfähigkeit und Handlungsfreiheit der Reichsregierung zu schwächen und zu hemmen. Es komme jetzt nicht auf Worte an, sondern auf Taten.

Die Ausführungen des Vorsitzenden Kaas fanden aus der Versammlung heraus außerordentlich starken Beifall.

Sodann erhielt das Wort der Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei, Ruffini-Köln, zu einem Vortrag: „Wie sieht die Partei die Tätigkeit des Reichskanzlers Brüning?" Die Ausführungen des Redners zeigten, daß die Wählerschaft des Zentrums nach wie vor gesonnen sei, sich vorbehaltlos und entschlossen hinter den Reichskanzler Brüning zu stellen.

Reichskanzler Brüning.

Der Kernpunkt der Tagung waren längere Ausführungen des Reichskanzlers, der von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt wurde. Er betonte zunächst, wie von deutschnationaler Seite nach der Bankenkrise der Versuch unternommen wurde, um mit Hilfe einer unverantwortlichen Agitation im Volke das Vertrauen zur Reichsregierung zu erschüttern. Die Tatsachen aber haben gezeigt, daß das Vertrauen zur Reichsregierung im Volke stärker war, obwohl das Maß von Unanständigkeit, mit welcher diese Kreise gefochten haben, über alles hinausgegangen sei, was seit vierzig Jahren an Brunnenvergiftung geleistet worden ist. Es gebe für die Reichsregierung nur einen Weg: den Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Maßnahmen.

Leider gebe es in Deutschland noch sehr viele Leute — und dazu gehörten auch manche Parteiführer —, die offenbar den ganzen ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage noch immer nicht klar erkannt hätten.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Reichskanzler, daß der Beschluß der Deutschen Volkspartei, den Reichstag im Sommer zusammentreten zu lassen,

Deutschland an einem einzigen Tage 220 Millionen RM an Devisen gekostet habe.

Mit erhobener Stimme erklärte er: Wenn die Deutsche Volkspartei es nicht anders wolle, dann könne einmal eine recht gründliche Auseinandersetzung mit ihr stattfinden; aber Ueber, so fährt er fort, würde er es sehen, wenn man sich endlich zu gemeinsamer Arbeit zur Rettung des Vaterlandes zusammenfinden würde. Die Reichsregierung wolle den Reichstag nicht auf die Dauer ausschalten, sie müsse aber Zeit und Raum haben, ihre Aufgabe zu lösen, und dies allein sei der ausschließliche und alleinige Zweck der längeren Vertagung des Reichstags. Die Verschuldung Deutschlands sei im wesentlichen eine ausländische in ausländischer Währung. Trotzdem dürfe die Reichsregierung die Mark dem Pfund unter keinen Umständen folgen lassen.

„Ich werde mich bis zum äußersten gegen jede inflatorische Maßnahme stemmen, insbesondere deshalb, weil nur dann in der öffentlichen und privaten Wirtschaft volle Klarheit und Wahrheit geschaffen wird und wir dann auch außenpolitisch weiterkommen können."

Auch die kommende Zeit werde das deutsche Volk noch vor weitere schwere Opfer und Einschränkungen stellen. Um so mehr müsse das Volk unbedingte und gerechtmäßige Verteilung der Lasten haben. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die zwar Ersparnisse auch weiterhin möglich machen, aber sie müssen auf der anderen Seite auch die Kaufkraft und die Lebenshaltung wieder stärken. Die Maßnahmen der Reichsregierung dürfen nicht zur Schrumpfung führen, sondern sie müssen die deutsche Wirtschaft beleben. Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft müssen allerdings gesenkt werden, um sich konkurrenzfähig zu erhalten. Dieses Problem ist aber nicht zu lösen lediglich durch einseitige Lohnsenkung, denn das würde letzten Endes nichts weiter zur Folge haben als eine weitere Einschränkung der Kaufkraft, und damit die Wirtschaft selbst schädigen. Es muß möglich sein, daß die einzelnen Berufsgruppen sich schließlich verständigen, und das wird gelingen bei gegenseitigem aufrichtigem Verständigungswillen.

Die Hauptaufgabe wird es sein müssen, schnellstens zu soliden Geschäftsprinzipien und Maximen der Vorkriegszeit zu kommen.

Weiter wird es die Aufgabe sein, daß in den jetzt beginnenden Verhandlungen eine Lösung des Reparationsproblems gefunden wird, die für das deutsche Volk und die ganze Welt das Vertrauen wiederherstellt, ohne welches die Weltwirtschaft für lange Zeit gestört bleiben würde. Zugleich muß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen.

Alle diese Hauptaufgaben sind aber nicht durchzuführen ohne die Schaffung des Vertrauens im Inland und im Ausland.

Diese Aufgabe wird aber durch die politische Agitation der extremgerichteten Parteien erschwert, weil die Welt nicht sicher ist und sich kein Vertrauen erhalten noch entstehen kann. Die Welt muß sicher sein, daß in Deutschland keine politischen Experimente gemacht werden.

Stegerwald über die Finanzlage.

Weitere Einschränkungen unvermeidlich.

Im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers im Reichsausschuß der Zentrumspartei sprach Reichsminister Stegerwald über die ernste Finanzlage Deutschlands.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald betonte, daß eine koalitionspolitische Frontverbreiterung heute nicht möglich sei. In einer Stunde, wo es um Kopf und Kragen eines 60-Millionen-Volkes geht, kann man nicht taktisch operieren. Außenpolitisch haben wir in den nächsten Wochen uns darüber zu entscheiden, ob wir für einige Jahre noch die Zähne aufeinanderbeißen oder ob wir uns für Jahrzehnte in die Gefangenschaft anderer Völker begeben wollen. Daneben ist die Außenpolitik der nächsten Monate eine große finanzpolitische Transaktion.

Wir sind gegenwärtig mit etwa elf bis zwölf Milliarden kurzfristig, mit etwa einer gleichen Summe langfristig verschuldet. und dazu kommen etwa vier bis fünf Milliarden ausländische Beteiligungen an der deutschen Wirtschaft, so daß die gesamte deutsche Schuldenlast ans Ausland etwa 27 bis 28 Milliarden beträgt. Dazu kommen noch die politischen Schulden.

In den nächsten Wochen wird der außenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Private Schulden müßten zurückerstattet werden, wir könnten aber

nicht noch politische Schulden bezahlen.

Inflatorische Maßnahmen kämen nicht in Frage, aber wir können für die nächsten Jahre den jetzigen nominellen Stand des Volkseinkommens nicht halten, sondern werden uns mit einem kleineren Einkommen begnügen müssen, das Geld muß verstärkte Kaufkraft gewinnen.

Die Löhne sind im letzten Jahre um etwa zwei Milliarden Mark gekürzt worden. Wenn wir aber die Bilanzwahrheit mit dem neuen Aktienrecht durchführen, dann wird sich herausstellen, daß von den 24 Milliarden, die in unseren Aktiengesellschaften investiert sind, kaum viel mehr als zehn Milliarden erhalten bleiben werden.

Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Oeffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen praktisch gekürzt worden. Auch in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung seien große Veränderungen nicht mehr möglich. In der Invaliden- und Unfallversicherung werde es noch zu größeren Veränderungen kommen. Der Minister betonte zum Schluß, daß er den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche, und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitserklärung, wenn auch in der Handhabung Aenderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müßten.

Eine amtliche Richtigstellung.

Reichsregierung und Wirtschaftspartei.

Berlin, 6. November.

In der Presse sind in der letzten Zeit, trotz der eindeutigen Richtigstellung der Reichsregierung, erneut Mitteilungen über angebliche Millionenzuwendungen an Kreditinstitute, Gewerbebanken und Sparkassen des Mittelstandes in Verbindung mit der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung erschienen.

Die Reichsregierung stellt demgegenüber noch einmal ausdrücklich fest, daß die in diesem Zusammenhang besonders genannte Wirtschaftspartei weder Forderungen auf Stützung einzelner Kreditinstitute gestellt hat, noch daß in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Stellungnahme der Wirtschaftspartei bei der Abstimmung Kredite oder Subventionen gewährt worden sind.

Die Wirtschaftspartei hat bei ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler allerdings auf die durch die schwere Wirtschaftskrise bei den Genossenschafts-, Spar- und Gewerbebanken entstandenen großen Schwierigkeiten hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß im Interesse der Erhaltung der gesamten mittelständischen Wirtschaft die Reichsregierung dieser Frage ihre besondere Beachtung zuwenden möge.

Der Reichskanzler hat versichert, daß die Reichsregierung dieser vordringlichen Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und die in dieser Richtung bereits eingeleiteten Aktionen beschleunigt durchführen werde.

Um die Rückkehr Höpker-Aschoffs.

Ein Angriff des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 6. November.

Es wird in unterrichteten Kreisen mit der Tatsache gerechnet, daß Finanzminister Höpker-Aschoff auf seinen bisherigen Posten durch Ministerpräsident Braun zurückberufen wird.

Hierzu nimmt die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes Stellung. Sie wirft die Frage auf, ob es wirklich in Preußen keinen Mann geben sollte, der in der Lage wäre, Herrn Höpker-Aschoff zu ersetzen. In gutunterrichteten Kreisen und in Kreisen, die der preußischen Regierung nahestehen, so erklärt der „Beamtenbund", werde mit aller Bestimmtheit erklärt, Höpker-Aschoff hätte die Zustimmung zu seiner Rückberufung von Vollmachten abhängig gemacht, die ihm übertragen werden müßten, und zwar vor allem, soweit es sich um Maßnahmen in bezug auf die Beamtenschaft handelt. Augenblicklich sei Höpker-Aschoff nicht in Berlin. Falls also erklärt werden sollte, es könne mit ihm darüber nicht verhandelt worden sein, so stelle demgegenüber der „Beamtenbund" fest, daß bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit ihm Fühlung genommen worden sei. Bei dieser mehr inoffiziellen Fühlungnahme habe er die Uebertragung von Vollmachten dieser Art als Vorbedingung für die erneute Uebernahme des preußischen Finanzministeriums gestellt. Es sei also anzunehmen, daß er auch jetzt darauf beharrt. Diese Wiederberufung Höpker-Aschoffs zum preußischen Finanzminister würde in der Beamtenschaft Preußens und darüber hinaus — denn sein Einfluß hat sich weit über Preußen hinaus erstreckt — größte Erregung hervorrufen.

Die Zeitschrift schreibt dann weiter: Noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Gerade deshalb aber muß gesagt werden, daß eine Zurückberufung Höpker-Aschoffs auf seinen früheren Posten von der gesamten Beamtenschaft Preußens peinlich empfunden werden müßte, nachdem Dr. Höpker-Aschoff bewiesen hat, daß er auch ohne direkte Gehaltskürzung Maßnahmen gegen die Beamtenschaft treffen kann, die, wie der preußische Staatsrat einstimmig festgestellt hat, geeignet sind, die sozialen und kulturellen Lebensinteressen unseres Volkes zu beeinträchtigen. Maßnahmen treffen kann, von denen der preußische Staatsrat weiter gesagt hat, daß die Ersparnisse in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, der durch die Erschütterung des Rechtsbodens eingetreten ist."

Ein neues Siedlungsabkommen.

Erhebliche Steigerung der Siedlerstellen.

Berlin, 6. November.

Zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung ist in den letzten Wochen über ein Abkommen verhandelt worden, das voraussichtlich in der nächsten Woche endgültig erledigt wird und das eine erhebliche Vermehrung der Siedlerstellen in den nächsten Jahren zur Folge haben wird. Dieses Abkommen sieht eine wesentliche Vereinfachung der Siedlungsform vor und infolgedessen auch eine erhebliche Herabminderung der Siedlungskosten.

Nach den neuen Vereinbarungen wird eine Siedlerstelle voraussichtlich nur 8000 bis 9000 RM erfordern. Es ist von Bedeutung, daß für diese ländliche Siedlung auch Erwerbslose angesetzt werden sollen.

Nach dem jetzt vorliegenden Jahresergebnis für 1930 sind 8700 Siedler angesetzt worden. Das Programm für 1931 sieht die Ansetzung von 11 000 Siedlern vor. Trotz der aufgetretenen finanziellen Schwierigkeiten hofft man, dieses Programm voll durchzuführen. Auf Grund des neuen Abkommens kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der ländlichen Siedler für das nächste Jahr verdoppelt wird. Es ist weiter damit zu rechnen, daß Preußen nunmehr auch einen Landeskommissar für die Siedlung bestellt, und zwar dürfte voraussichtlich für dieses Amt der Siedlungsfachmann im Landwirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Bollert, bestellt werden.

Sozialdemokratischer Präsident.

Erste Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, 6. November.

Die erste Sitzung der Hamburger Bürgerschaft nahm entgegen den gehegten Befürchtungen einen ruhigen Verlauf.

Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidiums.

Da im ersten und zweiten Wahlgang eine Mehrheit nicht erreicht wurde, mußte Stichwahl erfolgen, bei der der sozialdemokratische Kandidat, Rechtsanwalt Dr. Ruscheweyh, 69 und der Nationalsozialist Harry Henningsen 56 Stimmen erhielt, so daß ersterer gewählt ist. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Holzmann und zum 2. Vizepräsidenten der Abgeordneten Landahl (Staatspartei) gewählt.

Das neue englische Kabinett.

Im neuen englischen Kabinett ist Macdonald Premierminister und erster Lord des Schatzamtes.

Die übrigen Ministerien sind wie folgt besetzt:

Schatzkanzler Neville Chamberlain, Präsident des Handelsamtes Runciman.

Staatssekretäre:

Für Auswärtige Angelegenheiten Sir John Simon, für die Dominions Thomas, für die Kolonien Cuncliffe Lister, für Indien Sir Samuel Hoare, für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311107-10/fragment/page=0001

Schottland Sir Archibald Sinclair, für Krieg Lort Hailsham, für Luftfahrt Lord Londonderry, Staatssekretär des Innern ist Sir Herbert Samuel, Erster Lord der Admiralität Sir Bolton Eires Monsell Baldwin wurde zum Lordpräsidenten des Geheimen Rates ernannt. Gesundheitsminister wurde Sir Hilton Young, Lordkanzler Lord Sankey, Lordgeheimsiegelbewahrer Snowden, Präsident des Unterrichtsamtes Sir Donald Maclean, Minister für Landwirtschaft, und Fischereien Sir John Gilmore, Arbeitsminister Sir Henry Betterton, Hauptkommissar für öffentliche Arbeiten Ormesby Gore.

„Ein Schimmer von Hoffnung."

Die Mahnung Leon Blums.

Paris, 6. November

Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt im „Populaire" zur Frage der Reparationen und Kredite und der Stellungnahme Frankreichs zu diesen Problemen: Wenn Hoover sich gegenüber Laval verpflichtet habe, keine neue Initiative zu ergreifen, so lasse sich dieses Versprechen nur als bedingt verstehen, nämlich unter der Bedingung, daß Laval und sein Staat die Initiative ergreifen. Diese Annahme werde durch das Verhalten der deutschen Regierung übrigens bestätigt.

Die Eile, mit der Brüning die Besprechungen aufnehme, lasse sich, so glaubt Blum schließen zu dürfen, kaum anders erklären, als durch Informationen, vielleicht sogar ermutigende Angaben, die ihm aus Washington zugegangen seien.

Ein weiteres Zeichen für die Richtigkeit dieser Annahme sei die Haltung der französischen reaktionären Presse, die, noch bevor Laval nach Paris zurückkehrte, schrieb: Man wolle den Franken der Mark opfern. Frankreich möge sein Gold hüten und sich vor der Inflation in Acht nehmen. Ein weiteres Anzeichen für die Richtigkeit der Annahme sei, daß wirtschaftliche Zeitschriften, wie die „Journée Industrielle", nicht in das Konzert der reaktionären Presse einstimmten, sondern für eine vorsichtigere Aktion eintreten, die von vernünftigen finanziellen Gesichtspunkten bestimmt sein müsse. Frankreich habe, so schreibt Blum, solange es noch Zeit war, es an Solidaritätsgefühl gegenüber der Umwelt fehlen lassen.

Er sehe den Tag kommen, an dem Frankreich gezwungen sein werde, wohl oder übel sich in der Not und im Leiden solidarisch zu zeigen. Deshalb begrüße er auch den kleinsten Schimmer der Hoffnung und bemühe sich, das zuckende Flämmchen vor dem Erlöschen zu bewahren.

Deutsche Tagesschau.

Nationalsozialistische Anträge verworfen.

Der bayerische Staatsgerichtshof hat die nationalsozialistischen Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch die dem Landtagspräsidenten untersagt werden soll, den Bayerischen Landtag einzuberufen, und durch die die Beschlüsse des Landtags vom 22. Oktober (Ausscheidung der 15 Landtagsabgeordneten) für unwirksam erklärt werden, als unzulässig verworfen.

Kommunistische Bürgerkriegsschulen ausgehoben.

Kommunistische Lehrgänge zur Schulung für den Bürgerkrieg veranlaßten die Zwickauer Polizeidirektion, die Sporthalle des Sportvereins in Bermsgrün von einem größeren Aufgebot der Zwickauer Schutzpolizei besetzen zu lassen. In der Kampfschule wurden 12 Männer und 5 Frauen beim Unterricht überrascht und festgenommen. Gegen die festgenommenen Personen wird beim Oberreichsanwalt die Einleitung eines Verfahrens wegen Hochverrats beantragt werden.

Wohnheimstättengesetz wird doch beraten.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags, der in seiner letzten Sitzung Anfang Oktober beschlossen hatte, erst zugleich mit dem Reichstagsplenum wieder zusammenzutreten, ist nun doch vorher einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen wiederum die Anträge der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen für ein Wohnheimstättengesetz und die Anträge zum Miet- und Wohnrecht, deren Beratung der Ausschuß Ende September auf Wunsch der Regierung unterlassen hatte.

Auslands-Rundschau.

Judenfeindliche Unruhen in Warschau.

Im Zentrum der Stadt Warschau kam es zwischen einer Abteilung von über 200 nationaldemokratischen Studenten, die eine judenfeindliche Kundgebung veranstalteten, und einer größeren Gruppe von freisinnigen Hochschülern zu wüsten Prügeleien, in deren Verlauf fünf Studenten Verletzungen davontrugen. Die herbeigeeilte Polizei machte der Rauferei ein Ende. Die Warschauer Universität steht infolge der andauernden judenfeindlichen Unruhen unter Bewachung einer größeren Polizeiabteilung.

Gegen die Neuregelung der Sprachenfrage in Belgien.

Der belgische Senat hat mit 118 gegen 1 Stimme bei 7 Enthaltungen den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Umgangssprachenfrage in den Mittelschulen angenommen. Die flämischen Nationalisten haben sich, da die Regelung sie nicht voll zufriedenstellt, der Stimme enthalten. Auch der Bund Deutscher Belgier vertritt die Auffassung, daß seine Rechte mit dieser Regelung mißachtet werden. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um den Einspruch der deutschsprachigen Bewohner des Gebiets von Eupen-Malmedy, St. Vith und Arlon.

Ein Land mit Haushaltsüberschuß.

Der portugiesische Staatshaushalt 1930/31 schließt mit einem Ueberschuß von 152 000 Contos (rund 22 Millionen RM) ab. Den Einnahmen in Höhe von 2 035 000 Contos stehen Ausgaben von 1 883 000 Contos gegenüber. Die schwebenden Schulden haben sich im Haushaltsjahr 1928/29 um 469 000 Contos verringert. (1 Conto = 1000 Escudos = rund 143 RM.)

Ein Anti-Dumping-Gesetz in Irland.

Ministerpräsident Cosgrave hat der Kammer einen Anti-Dumping-Gesetzentwurf vorgelegt, der den Exekutivrat ermächtigt, gewisse Waren mit hohem Zoll zu belegen, um ein Dumping zu verhindern. Der Finanzminister erklärte dazu, man befürchte, daß die zu erwartenden Aenderungen der britischen Zollpolitik Anlaß zu einem Dumping geben würden.

Sparforderung des japanischen Finanzministers.

Der japanische Finanzminister hat den Minister für Heer und Flotte auf die unumgängliche Notwendigkeit stärkster Einsparungen aufmerksam gemacht. Er wies auf das voraussichtliche Defizit in den Staatseinnahmen des nächsten Jahres hin, das u. a. auf die Aufgabe des Goldstandards durch Großbritannien zurückzuführen sei.

Aus der Umgegend

Nebra, 6. November.

— **Vom Wetter** läßt sich recht viel Günstiges sagen. Während doch sonst der Novembermonat mit seinen kurzen, trüben Tagen schon lange vorher gefürchtet ist, sind wir diesmal bei schönstem sonnigen Wetter aus dem Oktober in den November übergewechselt und auch jetzt noch lacht die Sonne so schelmisch in den wenigen Tagesstunden, als wolle sie uns Mut zusprechen zum Durchhalten der bewegten Zeit. Lustig tummeln sich noch die Mücken im Sonnenschein und die lästigen Fliegen gebärden sich so frech, als sollte ihr Abschiedsstündlein nimmermehr schlagen. Wir glauben, der Winter ist diesmal noch in weiter Ferne und wenn er gar das Kommen vergessen hätte, würde auch niemand über sein Ausbleiben jammern. Halte dich recht tapfer lieber November, zeige den Menschen, daß dein Herz besser ist als dein Ruf.

— **Kirchliches.** Am Geburtstage des Reformators Dr. Martin Luther, am 10. November, soll abends 8 Uhr im Gemeindesaal wieder Frauenmissionsnachstunde stattfinden. Jetzt im Winter wäre es schön, wenn der Kreis sich noch vergrößern würde. Es wird deshalb wieder herzlich eingeladen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Das Programm für Sonntag ist ausgestattet zunächst mit einem Film, der die Nerven der diesmal gewiß zahlreichen Zuschauer von Anfang bis Ende in Spannung hält. Ein Liebesroman, wie er fesselnder nicht sein kann, ist hier durch Verfilmen in eine lebendige Handlung versetzt worden, die über mehrere Kontinente sich hinzieht und in den Kreisen der Hochfinanz sich abspielt. Liebe, zumal verschmähte Liebe, kann manchen Menschen rasend machen. Das zeigt auch der Film, denn die Handlung führt schließlich dahin, daß eine der Rivalin zum Revolver greift und ihr Leben gewaltsam abkürzt. Und dann erst folgt ein friedlicher Abschluß durch Zusammenkommen einer glücklichen Ehe. — Der zweite Film ist ein großer Harry Piel-Film. Eine lustige, dann ernste, und schließlich wieder lustige Feuerwehrgeschichte hat als Filmobjekt gespielt. Im Mittelpunkt der Handlung steht natürlich das Ewig-Weibliche, von dem auch Feuerwehrleute leicht angezogen werden.

— **Verkehrsstörung** Als am Mittwoch der um 14.17 Uhr in Roßleben eingehende Personenzug die Blockstation Memleben passierte, wurde er durch eine Detonation zum Halten veranlaßt. Eine Untersuchung der Ursache der Detonation führte zur Ermittlung des Tatbestandes, daß das dort stehende Wärterhaus gewaltsam erbrochen und daraus von den für Notsignale darin aufbewahrten Knallkapseln ein Teil entwendet war. Diese Knallkapseln waren von den Tätern auf den Bahnkörper gelegt und vom Zuge zerstört worden. Die Tat, ob sie nun aus Uebermut oder sonst einem Grunde ausgeführt worden ist, verdient jedenfalls der Verabscheuung, denn selbst wenn auch die Täter die Harmlosigkeit der Bomben gekannt haben, lag die Gefährdung menschlicher Gesundheit durch Schreck und Angst immerhin im Bereich der Möglichkeit. Wie wir hören, ist man den Tätern bereits auf der Spur.

— **Die Arbeitslosen-Meldestelle in Roßleben,** die zwecks Erleichterung des Verkehrs mit dem Arbeitsamt Halle a. S. für die Unterstützungsberechtigten in Roßleben, Bottendorf, Schönewerda-Eßmannsdorf, Ziegelroda und Wendelstein eingerichtet war und von Herrn Kaufmann Pfaff verwaltet wurde, soll demnächst aus Ersparnisrücksichten eingezogen werden. Als Ersatz werden Sprechtage in Roßleben seitens der Arbeitsamtszweigstelle in Querfurt eingerichtet.

— **Der Heimatkalender für den Kreis Eckartsberga.** Jahrgang 1932 ist im altvertrauten schmucken Gewande wieder erschienen. Unter den Verfassern finden wir den Senior der Mitarbeiter P. em. Kabisch mit einem Aufsatz über die Wohlmirstedter Lehrer 1570—1919, Dr. Liebers bringt einen zeitgenössischen Bericht über die Schicksale des Schlosses und der Stadt Heldrungen im 30jährigen Kriege. Lic. Nordmann knüpft tiefgründige Betrachtungen über das Bauerntum an die Wiedergabe einer alten Gemeindeordnung von Niedermöllern. Beachtung auch in weiten Kreisen verdient der Aufsatz „Thüringens Geschichte in geologischem Lichte" von Mittelschullehrer Kühne-Eckartsberga. In die Gegenwart führt der Aufsatz „25 Jahre Ueberlandwerk Bretleben" von Dr. Berg. Vom alten Rathause in Kölleda erzählt W. Damm, vom Sisymbrium Eckartsbergense H. Moës, von den Sandsteinbrüchen bei Nebra Oberlandesgerichtsrat Pfeil, der auch das Geleitwort geschrieben hat. Eine Kreischronik (Verfasser H. Moës) unter dem Titel „Heimatglockengeläut" beschließt das auch mit gutem Unterhaltungsstoff und eingestreuten Gedichten sowie mit Bildschmuck (Kupferstichen, Federzeichnungen) reicher als bisher ausgestattete Heft.

— **Wer will unter die Soldaten?** Vom Hauptmann der 2. Preuß. Kompagnie der 4. Kraftfahrabteilung in Magdeburg (Ecke-Kaserne) wird mitgeteilt, daß für den nächsten Einstellungstermin am 1. April 1932 noch Stellen frei sind. In der Hauptsache kommen junge Leute von etwa 18 Jahren in Frage mit abgeschlossener Ausbildung als Schlossergeselle, Schmiede, Monteure für Kraftfahrzeuge, Elektriker u. ä. Neben solchen technischen Fertigkeiten ist körperliche Geeignetheit, ehrliche und anständige Gesinnung und Begeisterung für den Soldatenberuf Bedingung. — Meldungen sind direkt an die Kompagnie zu richten.

Roßleben. (Von der Eisenbahn.) Durch Aufrücken in ihrer Laufbahn im Eisenbahnbetrieb sind in letzter Zeit zwei hier lange Jahre tätig gewesene Beamte von hier nach Meiningen verzogen. Es sind dies die Herren Ludwig und Schumann. Beide waren hier durch ihre Freundlichkeit beim Publikum und durch ihre Zuverlässigkeit im Dienst bei ihren Vorgesetzten sehr geschätzt. Auch als Roßleber Bürger fühlten sie sich wohl in unserem Orte und gedachten wohl auch hier zu verbleiben, denn sie waren beide Hausbesitzer geworden. Möge es ihnen im schönen Meiningen recht wohl ergehen.

— Von der Volksschule. Das Lehrerkollegium der hiesigen Volksschule hat mit dem 1. November auf Grund der Notverordnung einige Veränderungen erfahren. Der seit etwa 2 Jahren hier tätige Schulamtsbewerber Herr Schleif ist ausgeschieden und an dessen Stelle der Oberschullehrer Herr Ebert aus Groß-Lehna nach hier versetzt worden. Desgleichen ist der Schulamtsbewerber Herr Hummel aus Gr.-Leipitzsch (Kr. Liebenwerda) der hiesigen Volksschule überwiesen worden.

Heldrungen. Auf dem Ferkelmarkt am Mittwoch waren 139 Stück Saugschweine angefahren. Der Preis betrug pro Paar 14—16 RM. für kleinere und 16—30 RM. für größere.

Artern. (Neue Bauweise.) Die Bauarbeiten im Siedlungsviertel sind noch im Gange. Gegenwärtig wird ein zweistöckiges Wohnhaus gerichtet, bei welchem eine hier noch nicht angewandte neue Baumethode benutzt wird. Auf einem Fundament aus Beton und Stein ist ein völliges Hausgerippe aus Kanthölzern errichtet, das nicht, wie es früher beim Fachwerkbau geschah, mit den üblichen Mauersteinen ausgesetzt wird, sondern innen und außen mit 3 bis 4 Zentimeter starken Tektonplatten benagelt wird. Die Wände, die einen größeren Luftraum enthalten, werden ca. 25 Zentimeter stark. Sie werden abgeputzt und sollen durch die Luftisolierung eine 50 Zentimeter starke Mauersteinwand ersetzen. Der Aufbau geht, wie man beobachten konnte, sehr schnell vonstatten. Ein Ziegeldach schließt das Ganze ab. Die Zukunft muß lehren, wie sich diese Bauweise, die mit der alten Gepflogenheit der Verwendung der Mauersteine bricht, bewährt.

Freyburg. Die Wahl des Kalkwerksbesitzers Flemmig, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, ist weder vom Regierungspräsidenten von Harnack, noch vom preußischen Innenminister Severing bestätigt worden, obwohl Flemmig mit großer Mehrheit von den Stadtverordneten zum Beigeordneten gewählt worden war und in mehr als siebenjähriger Tätigkeit der Stadt Freyburg a. U. uneigennützig und unparteiisch wertvolle Dienste geleistet hat. Hat diese Handlung, daß ein verdienstvoller Mann seiner rechtsgerichteten Gesinnung wegen nicht bestätigt wird, auch viele Vorgänger, so beleuchtet doch auch dieser Fall wieder blitzartig das preußische System und unsere von Parteileidenschaften beherrschte Zeit.

Naumburg. Die Claudius-Liedertafel kann auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand eine Reihe festlicher Veranstaltungen statt, an denen der Oberbürgermeister, Vertreter des Magistrats, der Bezirksvorsitzende Zimmermann, Apolda, sowie zahlreiche Sangesbrüder von den Brudervereinen teilnahmen.

Schafstädt. In der Generalversammlung der Zuckerfabrik Schafstädt, A. Hochheim & Comp. am 2. November ist einstimmig beschlossen worden, die Rüben bis zum Jahre 1936 einschließlich in der Zuckerfabrik Stöbnitz, R. Bach & Comp., verarbeiten zu lassen. Die Verhandlungen über einen dauernden Anschluß sollen weitergeführt werden. Ueber die Frage der Beteiligung in Stöbnitz soll eine Anfang nächsten Jahres einzuberufende Generalversammlung entscheiden.

Riestedt. Dieser Tage sprach ein Wäsche-Reisender bei einer hiesigen Familie vor, mit dem Bemerken, viele Grüße von ihrer Tochter, welche in einer größeren Stadt in Stellung ist, zu übermitteln. Er hätte den Auftrag, die Wäsche, welche die Tochter gekauft habe, hier abzuliefern und sich den Betrag hierfür aushändigen zu lassen. Als man Erkundigungen einholte, war man einem Schwindler zum Opfer gefallen. Da angenommen wird, daß er die Schwindeleien auch anderweitig versuchen wird, sei hiermit vor ihm gewarnt.

Sangerhausen. Als Ergebnis einer eintägigen Haussammlung zugunsten der Winterhilfe sind 1205 Mark eingekommen.

Halle. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurde auf die Händlerin Ida Krebs in der Lerchenfeldstraße ein Raubüberfall verübt. Die Händlerin wurde, als sie vom Laden in ihren Wohnraum zurückging, im Hausflur von unbekannten Tätern niedergeschlagen. Auf die Hilferufe der erheblich Verletzten sind die Täter — es sollen vier Männer gewesen sein — geflüchtet und in der Dunkelheit entkommen. Die vom Überfallkommando sofort aufgenommene Verfolgung verlief ergebnislos. Einer der Täter hat auf der Straße einen Schuß abgegeben.

Halle. 39 Lehrer und Lehrerinnen an der halleschen Volksschule sind unter Berufung auf die Sparnotverordnung abgedankt worden. Von den gekündigten Lehrern werden zahlreiche in den Ruhestand versetzt.

Nordhausen. (Opfer der Fremdenlegion.) Der 20jährige Arbeiter Richard Saalfeld aus dem nahen Salza, der in die französische Fremdenlegion eingetreten war, ist bei einem der wiederholten Fluchtversuche erschossen worden.

Roßlau (Elbe). Seit Anfang dieses Jahres läßt das Reichsverkehrsministerium durch Arbeitslose die Verlegung des Elbebettes am sogenannten Kurzen Wurf zwischen Roßlau und Coswig vornehmen. Die Elbe macht dort eine für die Schiffahrt sehr gefährliche Krümmung. Für die Arbeiten, die mit großen Schwierigkeiten verknüpft sind, sind etwa vier Jahre vorgesehen. Die für das erste Baujahr vorgesehenen Arbeiten, die Ausbaggerung des neuen Elbebettes, sind nunmehr beendet und die Bauleitung ist mit den Zeichnungen für das zweite Jahr beschäftigt. Während bisher der Trockenbagger gearbeitet hatte, soll nun der Naßbagger seine Arbeit beginnen, die drei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Giersleben. Jagdunfall. — Bei einer Treibjagd wollte sich ein Erwerbsloser einen billigen Braten verschaffen. Er wurde aber von einer verirrten Schrotkugel ins Auge getroffen und so schwer verletzt, daß die Sehkraft gefährdet ist.

Neundorf (Anhalt). Er starb an Lungenentzündung. — Die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Leiche des im Krankenhaus zu Giersleben gestorbenen Landarbeiters Böhlert ist zur Beerdigung freigegeben worden. Die gerichtsärztliche Untersuchung der Leiche hat als Todesursache eine schwere Lungenentzündung ergeben. Die von den Angehörigen ausgesprochene Vermutung, Böhlert könne im Fieberwahn in einem unbewachten Augenblick aus dem Fenster gestürzt sein und sich dabei tödliche Verletzungen zugezogen haben, trifft also nicht zu.

Raguhn. Der 31 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Franz Häbicke erwürgte die sechsjährige Marianne Wabnitz aus Raguhn, nachdem er an dem Kind ein Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte. Der Mörder ist ein übel beleumdetes Subjekt und wegen Diebstahls und Sittlichkeitsverbrechen bereits vorbestraft. Auch eine Leichenschändung hat er bereits begangen. Die Leiche der kleinen Wabnitz fand man am Ufer der Mulde. Der Täter wurde verhaftet und ist geständig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311107-10/fragment/page=0002

Bernburg. Der Weltspartag hatte in Bernburg einen überraschenden Erfolg. Bei der Kreissparkasse wurden an diesem Tage 50 000 Mark eingezahlt. Außerdem wurden 54 Bücher und 133 Heimsparbücher angelegt. Die Sparkasse ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden; sie erblickt darin ein Zunehmen des Vertrauens zu den Sparkassen.

Bitterfeld. Der im Zusammenhang mit der Werkspionageangelegenheit bei der J.-G. Farben-Industrie verhaftete Gruner ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil das bei ihm gefundene Material nach Ansicht der Kriminalpolizei nichts mit der Spionageaffäre zu tun hat. Das Verfahren gegen Gruner läuft aber weiter und zwar wegen Waffenbesitzes.

Herzberg (Elster). Vor dem Herzberger Amtsgericht stand jetzt der letzte Versteigerungstermin über das Rittergut des Freiherrn von Palombini in Grochwitz an. Das Rittergut hat einen Vorkriegswert von 1½ Millionen Mark. Von der Anhalt-Dessauischen Landesbank wurde ein Bargebot von 350 000 Mark abgegeben. Zu diesem Bargebot kommen noch die übernommenen Verpflichtungen, so daß die Ersteherin des Rittergutes mit über 700 000 Mark bezahlt haben dürfte. Der Zuschlag auf die Versteigerung der Güter Grochwitz und Rahnisdorf wurde noch nicht erteilt, vielmehr ein neuer Termin auf den 30. November anberaumt, da noch Beschwerden laufen.

Magdeburg. Ein Raubüberfall ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr im Schalterraum der Reichsbank-Filiale. Als ein Bote der Viehmarkt-Bank in der Reichsbank-Filiale einen Betrag von 10 000 Mark abgehoben hatte, wurde er von zwei Männern angesprochen, die ihn um das Einwechseln einiger Noten baten. Im Verlaufe dieser Unterredung überfielen sie ihn und entwendeten ihm den abgehobenen Betrag von 10 000 Mark. Die Täter flüchteten darauf aus dem Reichsbankgebäude, wurden aber sofort durch Beamte der Bank verfolgt. Einer der Täter konnte festgehalten und der Polizei übergeben werden, wo er an Hand seines Passes als der Pole David Milecki festgestellt wurde. In seinem Besitz befand sich der gesamte Betrag des gestohlenen Geldes. Der zweite Täter, anscheinend auch ein Ausländer, ist noch flüchtig.

Neues aus aller Welt.

Wieder ein Todesopfer einer politischen Schießerei? Vor den Augen einer Polizeistreife spielte sich in Berlin ein äußerst dreister Ueberfall ab, der ein Todesopfer forderte. Der 21 Jahre alte Erwin Moritz, Angehöriger der NSDAP., wurde nach einer vollkommen ruhigen Unterhaltung von zwei anderen jungen Burschen niedergeschossen und schwer verletzt. Die Polizeistreife sorgte für seine sofortige Ueberführung in das Urban-Krankenhaus, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

Gotteslästerer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wurde der Schriftsetzer Martin Teuber wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen und Gebräuche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Teuber hatte im Februar einen Gottlosen-Abend veranstaltet, bei dem auch eine Gottlosen-Revue aufgeführt wurde, die der Grund für die Anklageerhebung bildete.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Kraftwagen. In der Nähe des Bahnhofs Baden-Baden-West durchfuhr ein Kraftwagen in großer Geschwindigkeit die geschlossene Bahnschranke, wurde von einem Personenzug erfaßt und etwa 60 Meter weit mitgeschleift. Der Chauffeur, ein italienischer Staatsangehöriger, erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus starb. Der Eigentümer des Wagens, ein Hotelbesitzer aus Brig (Schweiz), kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Wagen ist vollkommen zertrümmert worden.

Autobusunglück bei Lodz. Ein Autobus verunglückte in der Nähe von Lodz beim Ueberholen eines Bauerngefährts. Der Autobus stürzte in den Graben, wobei vierzehn Personen schwer verletzt wurden.

Die Wiener Paßfälscher. Die Zeichnerin Friederike Dicker ist im Zusammenhang mit der entdeckten Paß- und Dokumentenfälschungsangelegenheit in Wien verhaftet worden. In dem Atelier der Zeichnerin wurden gefälschte Pässe und Material zur Fälschung von Pässen und Dokumenten gefunden. Ferner wurden ein in der Schuhindustrie beschäftigter Samuel Kawa und seine Frau verhaftet, bei denen der festgenommene Klose verkehrt hatte.

Bauerngehöft durch Felssturz zerstört. Im Westlande Schwedens hat sich durch die seit einigen Tagen herrschenden außerordentlich starken Regenfälle ein Felssturz ereignet. In dem Kirchspiel Viki ist ein ganzes Bauerngehöft von einem abstürzenden Fels verschüttet worden. Von den sieben Bewohnern des Hofes konnten nur vier gerettet werden, während die übrigen drei, darunter zwei Frauen, unter dem Geröll ums Leben kamen. Das Vieh des Gehöfts wurde erschlagen. Auch aus anderen Gegenden des Westlandes werden große Felsstürze gemeldet, durch die mehrere Gehöfte zerstört worden sind.

Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags.

Eine Sitzung der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens mit den Vertretern der sächsischen Landtagsfraktion hat einstimmig beschlossen, beim sächsischen Innenministerium den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zur Auflösung des sächsischen Landtags einzureichen. Der Antrag ist bereits dem Innenministerium eingereicht worden. Die kommunistische Partei meint, daß die sächsische Schieck-Regierung, die seit 1½ Jahren ohne parlamentarische Mehrheit regiert, in keiner Weise das Vertrauen der Bevölkerung genieße. Die kommunistische Partei appelliert an das Volk, durch ein Begehren „nicht nur den volksfeindlichen sächsischen Landtag, sondern zugleich die reaktionäre Regierung Schieck zu beseitigen".

Der Vertreter der sächsischen Regierung in der Staatskanzlei hat den Antrag entgegengenommen und die Parteileitung aufgefordert, die verfassungsmäßig erforderliche Zahl von Unterschriften beizubringen.

Die Konservativen gegen Volksbegehren.

Der Vorstand der Konservativen Volkspartei in Sachsen hat in einer Vertretersitzung einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es abgelehnt wird, sich für das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags einzusetzen.

Nationalsozialisten für das sächsische Volksbegehren.

Der nationalsozialistische „Freiheitskampf" schreibt über den kommunistischen Volksbegehrensantrag auf Auflösung des sächsischen Landtags, mit diesem Schritt würden die Parteien in Sachsen gezwungen, eine klare Stellung einzunehmen. Die Nationalsozialisten werden jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um eine Neuwahl des Landtags herbeiführen zu lassen. Man solle sich aber darüber klar sein, daß diese Maßnahme noch lange nicht eine Entscheidung in dem Sinne bringe, wie sie die NSDAP. erwartet und immer gefordert habe. Nachdem jetzt aber der Stein ins Rollen gebracht worden sei und die KPD. die Aktion mitmache, könne der Kampf beginnen.

Mitteldeutsche Sparkassentagung.

Im Rathaus zu Magdeburg tagte eine stark besuchte Versammlung des Vereins der Sparkassenbeamten und -angestellten von Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt. Generaldirektor Hartmann sprach über das Thema „Sparkassen und Mitteldeutsche Landesbank in der Krise". Dank der ausgezeichneten Liquiditätspolitik der Mitteldeutschen Landesbank und der ihr angeschlossenen Sparkassen sei keine einzige Sparkasse gezwungen gewesen, ihre Schalter zu schließen. Das Vertrauen der Sparer zur Sparkasse sei voll gerechtfertigt, und es müsse dafür gesorgt werden, daß der Wirtschaft keine weiteren Mittel entzogen bzw. daß alle überflüssigen Gelder unverzüglich den Sparkassen und Banken wieder übergeben werden.

Direktor Ruthmann hob abschließend die verantwortungsreiche Arbeit der Sparkassenbeamten hervor, die sich in der Zeit der Krise den ungewöhnlich hohen, auch persönlichen Anforderungen glänzend gewachsen gezeigt hätten.

Studentenunruhen in Halle.

Halle, 5. November.

Bei der Antrittslesung des nach Halle berufenen Professors der Theologie, Dr. Dehn, dem der Ruf vorausging, daß er Pazifist sei, kam es zu großen Skandalszenen, da die Studentenschaft den Professor als Dozenten ablehnte. Auch dem Rektor der Universität, Professor Aubin, gelang es nicht, die Ruhe wiederherzustellen, so daß Polizei die Räumung der Universitätsgebäude von den demonstrierenden Studenten vornehmen mußte.

Ein Polizeibericht meldet über den weiteren Verlauf der Demonstrationen:

„Bei der zweiten Vorlesung des Professors Dehn kam es wiederum zu bedauerlichen Zwischenfällen. Wenngleich das Universitätsgebäude abgesperrt war, versammelte sich auf dem Universitätsplatz und in den umliegenden Straßen eine mehrtausendköpfige Menge, hauptsächlich Studenten, die nationalsozialistische Kampfrufe ausstieß und den Abbruch der Vorlesung Dehns sowie Zurückziehung der Polizei verlangte.

Durch Einsatz starker Polizeikräfte wurden der Universitätsplatz sowie die anliegenden Straßen gesäubert, wobei vom Polizeiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Die Ruhe war in kurzer Zeit wiederhergestellt. Eine Anzahl Personalienfeststellungen sind getroffen worden. Die Vorlesung des Professors Dehn ist ruhig verlaufen."

Universitätsrektor Professor Aubin äußerte sich zur Möglichkeit der Beilegung des Konflikts, daß in Aussicht genommen sei, daß in einer Studentenversammlung der Dekan der theologischen Fakultät, Professor Heinzelmann, und sodann als Dozenten Professor Boehmer und der Prorektor Professor Völcker sprechen. Ein Auftreten Dehns in dieser Versammlung wäre selbstverständlich untunlich. Dehn wird am Freitag, wie gewöhnlich, Kolleg halten, und zwar wird er künftig Doppelstunden lesen, da die Tumulte eine Verlegung in die späten Abendstunden notwendig machen.

Sollte die Studentenschaft nicht zur Ruhe und Besonnenheit zurückkehren, ist mit vorübergehender Schließung der Universität zu rechnen.

Lübecker Prozeß.

Lübeck, 6. November.

Im Lübecker Tuberkulose-Prozeß gab die Staatsanwaltschaft eine Erklärung zu dem Antrag ab, die Anklage gegen Dr. Altstaedt dahin zu erweitern, daß dieser sich auch bei der Einführung (und nicht nur bei der Durchführung und Anwendung) des Calmette-Verfahrens der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung schuldig gemacht habe. Die Staatsanwaltschaft betonte, daß kein Anlaß vorliege, die Anklage zu erweitern, weil das Gericht bei der Urteilsbildung ohne weiteres auch die Einführung des Calmette-Verfahrens zugrunde legen könne.

Sklarek-Prozeß.

Berlin, 6. November.

In der Verhandlung im Sklarek-Prozeß kommen die verschiedenen Bestechungsangelegenheiten der Sklareks zur Sprache, für die sie große Aufwendungen gemacht haben. Bei der Erörterung der verschiedenen Sektgelage in einem Berliner Weinrestaurant bemerkt Sklarek auf die Frage des Vorsitzenden, ob er stets die Magistratsbeamten eingeladen hätte, daß er niemanden eingeladen hätte, die Freunde vom Magistrat seien erschienen wie die Motten am Licht. Es wird dann festgestellt, daß die Wochenendfahrten der Sklareks und ihrer Freunde in die Jagdvilla der Sklareks in Mecklenburg gewöhnlich 1000 bis 1200 RM gekostet haben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was so die Beamten den Sklareks gekostet haben mögen, meint der Buchhalter Lehmann, daß in den letzten vier bis fünf Jahren die Sklareks für die Herren des Magistrats etwa 2 bis 2,5 Millionen RM ausgegeben hätten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung über die Bestechungsangelegenheiten der Sklareks, in der der Buchhalter Tuch angibt, daß eines Tages ein Buchprüfer mit ihm gemeinsam auf Veranlassung von Willi Sklarek falsche Vermögensaufstellungen angefertigt habe, erklärte Willi Sklarek, daß er nichts getan habe, ohne seinen Bruder Max zu befragen. Rechtsanwalt Pindar erklärt hierzu: „Herr Tuch, Sie wissen doch auch, daß Max Sklarek sehr herrisch war und den Ehrgeiz hatte, Reichstagsabgeordneter zu werden." Im Geschäft habe man sogar davon gesprochen, daß Max demnächst Minister werde.

Doch Stillegung Neurodes.

Der Handelsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit Anträgen auf Wiederinbetriebsetzung der Wenzeslausgrube im Kreise Neurode. Minister Dr. Schreiber teilte mit, daß der Reichswirtschaftsminister seiner Standpunkt aufrechterhalte, so daß es also bei der Stillegung verbleiben müsse. Der Ausschuß nahm einen Antrag an, wonach das Staatsministerium die notwendigen Mittel für die Wiederinbetriebsetzung der Grube für den Fall zur Verfügung stellen soll, daß sich das Reich an der Aufbringung der Mittel beteiligt.

Mordprozeß Henning.

Hamburg, 5. November.

Im Henning-Prozeß wurde zunächst die Frage erörtert, ob der betreffende Sturmführer der Nationalsozialisten den drei Angeklagten das Mitnehmen von Waffen zu der kommunistischen Versammlung in Zollenspieker empfohlen habe. Die Angeklagten betonten, die Waffen zum persönlichen Schutz mitgenommen zu haben. Der kommunistische Rechtsanwalt Hegewisch fragte die Angeklagten, ob ihnen der nationalsozialistische Parteibefehl bekannt sei, der das Tragen von Waffen verbiete. Unter Heiterkeit im Gerichtssaal erklärten die Angeklagten, daß sie diesen Befehl gekannt hätten und daß er strikt befolgt werde. Als der Kommunist Cahnbley als Zeuge vernommen werden sollte, kam es zu lebhaften Debatten, weil Dr. Frank II sich gegen die Vereidigung Cahnbleys wandte. Rechtsanwalt Dr. Hegewisch warf Dr. Frank II vor, daß dieser plötzlich eine Schuld der überfallenen Kommunisten zu konstruieren suche. Das Gericht setzte die Vereidigung Cahnbleys zunächst aus.

Absturz eines amerikanischen Streckenflugzeuges. – Fünf Tote.

New York. 5. Nov. Ein Verkehrsflugzeug der Strecke Washington-New York geriet heute abend in der Nähe von Camden (New Jersey) aus noch unbekannter Ursache in Brand und stürzte ab. Aus den Trümmern der Maschine wurden fünf Leichen geborgen.

Entwendung von Lebensmitteln. Fünf junge Burschen erschienen in einer Filiale der Firma Nordstern in Berlin und mischten sich unter das kaufende Publikum. Während der Bedienung entwendeten die Leute etwa 35 Pfund Wurstwaren und entkamen unerkannt.

Durch Gas vergiftet aufgefunden. In Berlin wurde in der Küche seiner Wohnung der 52jährige Arbeiter Johann Hensler durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. Der Unfall wurde durch einen nicht ganz geschlossenen Gashahn verursacht.

Gasexplosion. In einem Wohnhaus im Kieler Stadtteil Gaarden verursachte unvorsichtiges Anzünden eines Streichholzes eine Gasexplosion, durch die zwei Personen erheblich verletzt wurden und eine dritte leichtere Wunden davontrug. Die Explosion scheint auf einen undicht gewordenen Gasmesser zurückzuführen zu sein.

Sprengstoffunde in Raesfeld. Gegen einen Landwirt in Raesfeld (Westfalen) bestand der Verdacht, daß er Sprengstoffe im Hause versteckt habe. Bei einer Hausdurchsuchung fand man etwa 25 Pfund Romperit und 26 Sprengkapseln, die von der Landjägerei beschlagnahmt wurden.

Wahlitz (Kr. Jerichow I). Wilderer festgenommen. — Bei einer nächtlichen Streife auf Wilddiebe wurde in der Wahlitzer Feldflur ein Handelsmann aus Rothensee bei Magdeburg von Landjägern gestellt und festgenommen. Der Festgenommene gab nach anfänglichem Leugnen die Absicht des Wilderns zu. Er wurde in Haft behalten.

Brandstifter vernichtet die Ernte.

Fischbeck (Kr. Jerichow II). Die 50 Meter lange massive Scheune des Gemeindevorstehers Mund ist mit der gesamten noch ungedroschenen Getreideernte durch ein Feuer vernichtet worden. Die an der Brandstätte erschienenen sechs Feuerwehren aus der Umgebung konnten nichts mehr retten. Es liegt Brandstiftung vor.

Salzwedel. Schwerverletzter auf dem Bahnübergang. — An einem ungeschützten Bahnübergang in der Nähe von Salzwedel wurde der Dachdecker Knop aus Eversdorf mit schweren Verletzungen blutüberströmt aufgefunden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wie Knop verunglückt ist, da er nicht vernehmungsfähig ist.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Wir stehen vor einer Umgestaltung der Wetterlage. Das Hochdruckgebiet, das uns in den letzten Tagen das trockene und außerordentlich warme Wetter gebracht hat, wird langsam aufgelöst, da besonders über dem südlichen und südwestlichen Europa Druckfall eingetreten ist. Gleichzeitig steigt der Luftdruck im Bereich des atlantischen und nordeuropäischen Tiefdruckgebietes. Die Umgestaltung wird nur sehr langsam vor sich gehen und sich zunächst in Temperaturrückgängen und später in Bewölkungszunahme äußern. Die Wahrscheinlichkeit, daß Niederschläge eintreten werden, nimmt langsam zu. Es ist bereits gegen Wochenende besonders in den Gebirgen mit stärkerer Wolkenbildung und leichten Niederschlägen zu rechnen. Eine ausgesprochene Schlechtwetterlage mit dauernder Unbeständigkeit wird sich zunächst nicht einstellen.

Spiel und Sport

N.S.V. 24 I. Herren — B.S.C. Sangerhausen Reserve

Die für morgen vereinbarten Freundschaftsspiele gegen B.S.C. Sangerhausen mußten noch in letzter Minute von den Gästen abgesagt werden, da dieselben von ihrem Gau mit Verbandsspielen besetzt wurden. Die Reservemannschaft der B.S.C.'er wird allerdings das vorgesehene Spiel gegen unsere 1. Mannschaft bestreiten. Den Gästen geht in punkto Spielstärke ein ausgezeichneter Ruf voraus, sie gehören zu besten Reservemannschaften des Kyffhäusergaues, was ja auch ihre gute Stellung in den Verbandsspielen beweist. Unsere 1. Mannschaft hat oft genug ihr Können bewiesen, so daß mit einem hochinteressanten Spiel gerechnet werden darf. Beginn des Spieles um 3 Uhr. Vor diesem Spiel treffen die 3. Herren- und die Jugendmannschaft in einem Trainingspiel aufeinander.

Kirchliche Nachrichten

23. Sonntag nach Trinitatis, den 8. November.

Sonntagsspruch: Es ist ein großer Gewinn, wer gottselig ist und läßt sich genügen. (Tim. 6, 6.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Matth. 22, 15—22) Lieder: 529 (311), 96 (186), 334 (301).

Kollekte für die Freiburger Bibelgesellschaft.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. im Gemeindesaal.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Dienstag, abds. 8 Uhr: Frauenmissionsnähstunde im Gemeindesaal.

Mittwoch, 4. 11., abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal. (Johs. 13, V. 1 ff.)

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311107-10/fragment/page=0003

Erstes Bild von der Aussprache Hoeschs mit Briand.
Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hatte am Quai d'Orsay eine bedeutsame Aussprache mit Briand und Laval hinsichtlich der Schuldenregelung. Botschafter von Hoesch verläßt mit Briand (rechts) nach der wichtigen Besprechung das französische Auswärtige Amt am Quai d'Orsay. (Es war dies die erste Gelegenheit, daß der Botschafter und Briand zusammen photographiert wurden.)

Schlange-Schöningen wird Minister.
Der Kommissar für die Osthilfe, Schlange-Schöningen, wird voraussichtlich zum Minister ohne Portefeuille ernannt werden.

Sieben Jahre Zugverspätung!

In Texas hat es ein Zug zu der noch niemals dagewesenen Verspätung von sieben Jahren gebracht, und dies war der Grund, daß seine endliche „Ankunft" auch gebührend gefeiert wurde.

Dieser Zug war eines Tages zur festgesetzten Zeit, und vollbesetzt von Beaumond abgefahren, und in eine Riesenüberschwemmung hineingeraten, aus der es für den Zug keinen Ausweg gab. Da aber die Schienen etwas erhöht lagen, kam das Wasser nur bis an die Räder, und der Zug lag sozusagen auf einer Insel geborgen, während rings um ihn das Land viele Kilometer unter Wasser stand. Der Fahrgäste bemächtigte sich natürlich große Verzweiflung, aber es war ihnen zunächst nicht zu helfen. Erst nachdem die Wassermengen sich ein wenig verlaufen hatten, kam aus den umliegenden Städten Hilfe und die Fahrgäste konnten aus der unfreiwilligen Haft herauskommen, ein Teil von ihnen konnte schon zu Fuß durch das niedrige Wasser waten. Um den Zug selbst aber kümmerte sich zunächst niemand. Die ganze Strecke war von dem Wasser unterwühlt, zum Teil waren die Schienen auch nicht mehr brauchbar — so ließ man den Zug stehen, und die ganze Eisenbahnstrecke wurde aus dem Netz gestrichen.

Sieben Jahre später aber besann man sich wieder auf diese Strecke, die anwohnenden Dörfer und Städte wollten ihre alte Eisenbahnverbindung wieder haben, und so machte man sich von neuem an ihren Bau, bei dem man denn schließlich auch den vergessenen Zug auffand, und ihn wieder in Benutzung zu nehmen gedachte. Er war auch noch verhältnismäßig gut erhalten; einige Maschinenreparaturen mußten vorgenommen werden. Einiges im Innern der Wagen war von Tieren zerstört und unterbohrt, aber er war mit einigen Ausbesserungsarbeiten doch immerhin wieder so weit herzustellen, daß man ihn von dem alten Zugführer, der ihn vor sieben Jahren geführt hatte, nach Boliva leiten konnte. Zu dieser feierlichen und zugleich drolligen Angelegenheit lud man auch noch den auffindbar gewesenen Teil der Fahrgäste ein, die vor sieben Jahren mit diesem Zuge steckengeblieben waren, und außerdem wurden zahlreiche Ehrengäste dazu aufgefordert. Der Zug war sehr hübsch mit Blumen geschmückt, und auf dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die die Ankunft des „verspäteten Zuges" miterleben wollte. Die übliche Verspätungstafel aber wies die drollige Mitteilung auf: „Der am 6. Oktober 1924 in Beaumond fahrplanmäßig abgelassene Zug wird voraussichtlich mit einer Verspätung von sieben Jahren eintreffen."

Dieses Schild soll im Archiv der Eisenbahnverwaltung aufgehoben werden!

Geniale Kunststücke.

Es braucht nicht immer ein Artist zu sein! — Zahlen- und Kartenkunststücke zu Haus. — Womit sich Kinder die Zeit vertreiben können —!

Unsere jungen Menschenkinder sind heute vielfach so verwöhnt, daß sie sich mit kleinen, harmlosen Genüssen nicht mehr zufrieden geben. Es müssen große Attraktionen sein, sensationelle Dinge, genau in dem Maßstabe, wie sie der Erwachsene das Vorrecht hat zu erleben. Aber dieses Verlangen der Kinder hat zwei Schattenseiten. Einmal kostet es viel Geld, und Geld ist heute knapp, und zum anderen werden die Kinder frühzeitig mit Eindrücken und Ereignissen übersättigt, was in späteren Jahren nicht selten eine Trägheit im Denken zur Folge hat. Unsere Kinder können auch geniale Kunststücke zu Hause erleben, und vor allem, sie können sie selbst bewerkstelligen und viel Freude daran haben. Das netteste unter allen Kunststücken ist zweifelsohne ein Zahlenkunststück, das ich hier verraten will, was aber nur Berliner Kinder machen können.

Man erzählt folgende Geschichte. Zwei Menschen haben auf der Welt kein Glück und kein Geld, und nun wollen sie es einmal mit den Wünschelruten versuchen. Sie machen das folgendermaßen. Auf einem Stück Papier schreiben sie eine Zahl über 5 und daneben eine x-beliebige, einstellige, die sie sich denken, als dritte Ziffer ist dann noch eine Zahl unter fünf zu schreiben. Wenn das geschehen ist, läßt man die Zahl von hinten gelesen darunter schreiben und zieht sie von der oberen ab. Was hierbei herauskommt wird abermals von hinten gelesen und darunter geschrieben, dann werden die beiden Zahlen zusammengezählt. Die Zahl, die dabei herauskommt muß immer 1089 sein. Soweit können es alle Kinder machen, auch wenn sie nicht Berliner sind. Für den Berliner Jungen hat die Sache aber insofern Reiz, daß im Telephonbuch Seite 108 Nr. 9 der Vorsitzende des internationalen Wünschelrutenvereins verzeichnet steht.

Mit Spielkarten lassen sich ganz einfache und doch nette Kunststücke bewerkstelligen, die selbst den Großen Freude machen. Man legt zum Beispiel eine Anzahl von Spielkarten auf und will einem anderen sagen, welche Karte umgedreht worden ist, also einmal um sich selbst gedreht worden ist, obgleich man sich solange entfernt. Wenn man die Karten kennt, kann man nachher mühelos feststellen, welche Karte umgedreht worden ist, weil jede Karte einen breiten und einen schmalen Rand oberhalb ihrer Bilder hat.

Womit sich Kinder zum Beispiel im Winter noch die Zeit vertreiben können, das sind Streichholzkunststücke. Man kann damit so unterhaltsame Dinge machen, daß einem die Zeit im Nu vergeht. Zum Beispiel sollen aus vier Streichholzquadraten, die eng nebeneinanderliegen, zwei Sterne entstehen, wobei nur fünf Hölzer zu verändern sind. Die Jugend sollte diese kleinen Kunststücke einmal probieren und sie hätte sicherlich viel Freude daran. Früher einmal mußten die Kinder einen Zauberkasten haben, der viel Geld kostete, die Jungens und Mädels von heute sind doch aufgeweckt und tifteln sich ihre Künste von ganz alleine aus.

In dem Leben des Jungen spielt doch sicherlich während der Wintermonate die Handfertigkeit eine große Rolle. Die Knaben basteln und zimmern allerhand Gebrauchsgegenstände. Wer eine Laubsäge besitzt, kann sich einen wunderbaren Zeitvertreib verschaffen. Aus Zigarrenkistendeckeln, aus einem Stückchen Sperrholz lassen sich wunderschöne Dinge machen. Man braucht weiter nichts als einen Musterbogen für 20 Pfennig, nach dem man arbeitet. Wenn man einigermaßen geschickt ist, macht die Sache sehr viel Spaß, und teuer ist sie auch nicht. Für Rundfunktechnik zeigen die Kinder heute gleichfalls schon ein außerordentlich großes Interesse. In einer Berliner Schule haben die Kinder sich einen Bastelkursus für Rundfunkapparate eingerichtet, der unter der Leitung des Physiklehrers steht. Dieser Lehrer berichtete neulich in einer pädagogischen Zeitschrift über die erstaunlichen Erfolge, die nach dieser Richtung hin mit den Kindern zu erzielen seien.

Im Interesse der Kinder muß man sich ja auch schließlich dafür interessieren, womit sie sich beschäftigen und wie sie sich die Zeit vertreiben. Gerade der Großstadtwinter bringt den Kindern ja nicht die Abwechselung wie den Kindern der Landbevölkerung. Aber dafür haben sie mehr Feierstunden als die Kameraden auf dem Lande, und diese Feierstunden sollen sie nicht in einem blöden, geistlosen Spiel verbringen, sondern in einer Art von Beschäftigung, die einmal Unterhaltung und Vergnügen und zum anderen eine kleine Denksportaufgabe ist.

Börse und Handel.

Berlin, den 5. November 1931.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 15,78 15,82, holl. Gulden: 58,74 58,86, Belga (Belgien): 58,74 58,86, ital. Lira: 21,78 21,82, dän. Krone: 90,91 91,09, norw. Krone: 88,91 89,09, franz. Franken: 16,58 16,62, tschech. Krone: 12,47 12,49, schweiz. Franken: 82,12 82,28, span. Peseta: 36,91 36,99, schwed. Krone: 91,41 91,59, österr. Schilling: 58,94 59,06.

Produktenmarkt. Die scharfen Preisschwankungen der letzten Tage an den überseeischen Terminmärkten haben hier eine gewisse Unsicherheit ausgelöst, so daß sich im heutigen Produktenverkehr stärkere Zurückhaltung zeigte, die in einer erneuten Einengung des Geschäftsumfanges zum Ausdruck kam. Am Prompmarkte hat sich das Angebot wieder etwas zurückgezogen, und die Forderungen waren hoch gehalten, nennenswerte Preisbesserungen waren aber infolge der vorsichtigen Kaufpolitik der Mühlen, die zum Teil durch die Verhandlungen über den Brotpreis begründet ist, nicht durchzuholen. Weizen- und Roggenmehle hatten kleines Bedarfsgeschäft. Hafer und Gerste sind weiter knapp offeriert.

Kartoffelpreise.

Amtliche Kartoffelerzeugerpreise je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin): Weiße 1,35—1,45, Rote 1,60—1,80, Odenwälder Blaue 1,70—2,00, andere gelbfleischige 1,90—2,20. — Fabrikkartoffeln 6½—7½ Pfennig pro Stärkeprozent.

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"

Sonntag, den 8 November, abends 8¼ Uhr:
Menschen im Feuer
Harry Piel. — Ferner:
Madame im Schlafwagen.
Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

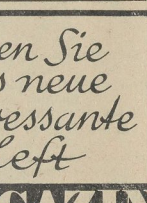
Achtung! Bitte denjenigen, der mir am 25. Juni d. J. ein Fahrrad Marke „Brennabor" verkaufte, sich doch zu melden, da ich sonst 6 Monate Strafe unschuldig büßen muß.
Franz Röth, Nebra a. U.

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra** a. U.

Lesen Sie das neue interessante Heft
DAS MAGAZIN
Soeben erschienen Preis 1 Mark
Probehefte gegen Einsendung von 30 Pf. für Porto
Das Magazin Dr. Eysler & Co., Berlin SW 68

Jeden Vormittag frisch!
Feinkost-Margarine
Marke „R" Pfund-Würfel **38** Pfg.
Marke „L" Pfund-Würfel **48** Pfg.
Marke „M" Pfund-Würfel **58** Pfg.
Gleichzeitig empfehlen wir unsere drei Spitzenmarken, die aus nur edelsten Rohstoffen hergestellt, und im Geschmack von guter Butter kaum zu unterscheiden sind:
„Hausmacher" Pfund-Würfel **68** Pfg.
„Landhaus" Pfund-Würfel **80** Pfg.
„Thamsana" Pfund-Würfel **95** Pfg.
Jeden Vormittag frische Ware.
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen.

Schweine-Versicherungs-Verein Nebra/Unstr.
Heute Sonnabend, d. 7. Nov., abends 8½ Uhr findet im „Ratskeller"
Versammlung
statt. — Gäste sind willkommen.


Schuhe...
nur noch Marke: Wolko
Mit Wolko-Schuhen beweisen wir Ihnen, dass auch billige Schuhe schön und haltbar sein können.
Ständig Eingang neuer Modelle.
Von der Fabrik festgesetzte Einheitspreise:
10.75 12.75 8.75 14.75 Wolko
Achten Sie auf den Sohlenstempel.
2000 Verkaufsstellen
Alleinverkauf für Nebra u. Umg.:
Schuhhaus Hermann Sachse
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Klavierstimmer kommt nach hier.
Preis RM. 5 —. Aufträge nimmt die Geschäftsstelle d. Bl. Frau Meitz entgegen.

Drucksachen aller Art
liefert preiswert und gut
Buchdruckerei Wilh. Sauer

Wir selbst sind überrascht von der hervorragenden Qualität unserer
Schnittbohnen
Die Ware ist butterweich und fadenlos.
Bitte überzeugen Sie sich!
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen.

Wo kauft man preiswerte Geschäftsbücher?
Selbstverständlich erfordert der Verkauf preiswerter Geschäftsbücher genau wie der besserer Ausführungen gute Fachkenntnisse des Verkäufers. Aus diesem Grunde liefert z. B. die bekannte Geschäftsbücherfabrik J. C. König & Ebhardt, Hannover, ihre neuen im KE-Verfahren hergestellten preiswerten „blauen KE-Bücher" nur an gute Geschäfte des Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarfshandels. Sie erhalten die Bücher, die übrigens durch blauen Schnitt und blaue KE-Garantiemarke kenntlich sind, bestimmt bei:

WILHELM SAUER ROSSLEBEN

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311107-10/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 133 — Sonnabend, den 7. November 1931. — 44. Jahrgang

S 1 Br. Schwennicke Postfach 347

A 1 Universitätsbibliothek

Brüning vor seinen Parteifreunden.

Prälat Kaas gegen Koalitionsgerüchte.

Berlin, 6. November.

Auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, der in Berlin zusammengetreten war, wandte sich der Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Kaas, gegen die Koalitionsgerüchte, die, wie er sich ausdrückte, in jüngster Zeit von Kreisen außerhalb der Partei und der Oeffentlichkeit erörtert worden seien.

Es seien keine Tatsachen eingetreten, die geeignet wären, an dem seinerzeitigen Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages, in der jede Tolerierung einer Rechtsregierung abgelehnt wurde, irgend etwas abzuändern.

Es sei jetzt nicht die Zeit für derartige Koalitionsdiskussionen, die schließlich nur geeignet wären, die Aktionsfähigkeit und Handlungsfreiheit der Reichsregierung zu schwächen und zu hemmen. Es komme jetzt nicht auf Worte an, sondern auf Taten.

Die Ausführungen des Vorsitzenden Kaas fanden aus der Versammlung heraus außerordentlich starken Beifall.

Sodann erhielt das Wort der Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei, Ruffini-Köln, zu einem Vortrag: „Wie sieht die Partei die Tätigkeit des Reichskanzlers Brüning?" Die Ausführungen des Redners zeigten, daß die Wählerschaft des Zentrums nach wie vor gesonnen sei, sich vorbehaltlos und entschlossen hinter den Reichskanzler Brüning zu stellen.

Reichskanzler Brüning.

Der Kernpunkt der Tagung waren längere Ausführungen des Reichskanzlers, der von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt wurde. Er betonte zunächst, wie von deutschnationaler Seite nach der Bankenkrise der Versuch unternommen wurde, um mit Hilfe einer unverantwortlichen Agitation im Volke das Vertrauen zur Reichsregierung zu erschüttern. Die Tatsachen aber haben gezeigt, daß das Vertrauen zur Reichsregierung im Volke stärker war, obwohl das Maß von Unanständigkeit, mit welcher diese Kreise gefochten haben, über alles hinausgegangen sei, was seit vierzig Jahren an Brunnenvergiftung geleistet worden ist. Es gebe für die Reichsregierung nur einen Weg: den Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Maßnahmen.

Leider gebe es in Deutschland noch sehr viele Leute — und dazu gehörten auch manche Parteiführer —, die offenbar den ganzen ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage noch immer nicht klar erkannt hätten.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Reichskanzler, daß der Beschluß der Deutschen Volkspartei, den Reichstag im Sommer zusammentreten zu lassen,

Deutschland an einem einzigen Tage 220 Millionen RM an Devisen gekostet habe.

Mit erhobener Stimme erklärte er: Wenn die Deutsche Volkspartei es nicht anders wolle, dann könne einmal eine recht gründliche Auseinandersetzung mit ihr stattfinden; aber Ueber, so fährt er fort, würde er es sehen, wenn man sich endlich zu gemeinsamer Arbeit zur Rettung des Vaterlandes zusammenfinden würde. Die Reichsregierung wolle den Reichstag nicht auf die Dauer ausschalten, sie müsse aber Zeit und Raum haben, ihre Aufgabe zu lösen, und dies allein sei der ausschließliche und alleinige Zweck der längeren Vertagung des Reichstags. Die Beschuldigung Deutsch-

in ausländischer
rung die Mark
lassen.

gen jede infla-
deshalb, weil
Wirtschaft volle
wir dann auch

tsche Volk noch
gen stellen. Um
chmäßige Ver-
hmen getroffen
terhin möglich
Seite auch Sie
ken. Die Maß-
r Schrumpfung
tschaft beleben.
üssen allerdings
erhalten. Die-
durch einseitige
s nichts weiter
kung der Kauf-
igen. Es muß
n sich schließlich
nseitigem auf-

hnellstens zu
n der Vor-

en jetzt beginnen. Es muß eine Wirkung des Reparationspro-

blems gefunden wird, die für das deutsche Volk und die ganze Welt das Vertrauen wiederherstellt, ohne welches die Weltwirtschaft für lange Zeit gestört bleiben würde. Zugleich muß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen.

Alle diese Hauptaufgaben sind aber nicht durchzuführen ohne die Schaffung des Vertrauens im Inland und im Ausland.

Diese Aufgabe wird aber durch die politische Agitation der extremgerichteten Parteien erschwert, weil die Welt nicht sicher ist und sich kein Vertrauen erhalten noch entstehen kann. Die Welt muß sicher sein, daß in Deutschland keine politischen Experimente gemacht werden.

Stegerwald über die Finanzlage.

Weitere Einschränkungen unvermeidlich.

Im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers im Reichsausschuß der Zentrumspartei sprach Reichsminister Stegerwald über die ernste Finanzlage Deutschlands.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald betonte, daß eine koalitionspolitische Frontverbreiterung heute nicht möglich sei. In einer Stunde, wo es um Kopf und Kragen eines 60-Millionen-Volkes geht, kann man nicht taktisch operieren. Außenpolitisch haben wir in den nächsten Wochen uns darüber zu entscheiden, ob wir für einige Jahre noch die Zähne aufeinanderbeißen oder ob wir uns für Jahrzehnte in die Gefangenschaft anderer Völker begeben wollen. Daneben ist die Außenpolitik der nächsten Monate eine große finanzpolitische Transaktion.

Wir sind gegenwärtig mit etwa elf bis zwölf Milliarden kurzfristig, mit etwa einer gleichen Summe langfristig verschuldet. und dazu kommen etwa vier bis fünf Milliarden ausländische Beteiligungen an der deutschen Wirtschaft, so daß die gesamte deutsche Schuldenlast ans Ausland etwa 27 bis 28 Milliarden beträgt. Dazu kommen noch die politischen Schulden.

In den nächsten Wochen wird der außenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Private Schulden müßten zurückerstattet werden, wir könnten aber

nicht noch politische Schulden bezahlen.

Inflatorische Maßnahmen kämen nicht in Frage, aber wir können für die nächsten Jahre den jetzigen nominellen Stand des Volkseinkommens nicht halten, sondern werden uns mit einem kleineren Einkommen begnügen müssen, das Geld muß verstärkte Kaufkraft gewinnen.

Die Löhne sind im letzten Jahre um etwa zwei Milliarden Mark gekürzt worden. Wenn wir aber die Bilanzwahrheit mit dem neuen Aktienrecht durchführen, dann wird sich herausstellen, daß von den 24 Milliarden, die in unseren Aktiengesellschaften investiert sind, kaum viel mehr als zehn Milliarden erhalten bleiben werden.

Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Oeffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen praktisch gekürzt worden. Auch in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung seien große Veränderungen nicht mehr möglich. In der Invaliden- und Unfallversicherung werde es noch zu größeren Veränderungen kommen. Der Minister betonte zum Schluß, daß er den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche, und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitserklärung, wenn auch in der Handhabung Aenderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müßten.

Eine amtliche Richtigstellung.

Reichsregierung und Wirtschaftspartei.

Berlin, 6. November.

In der Presse sind in der letzten Zeit, trotz der eindeutigen Richtigstellung der Reichsregierung, erneut Mitteilungen über angebliche Millionenzuwendungen an Kreditinstitute, Gewerbebanken und Sparkassen des Mittelstandes in Verbindung mit der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung erschienen.

Die Reichsregierung stellt demgegenüber noch einmal ausdrücklich fest, daß die in diesem Zusammenhang besonders genannte Wirtschaftspartei weder Forderungen auf Stützung einzelner Kreditinstitute gestellt hat, noch daß in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Stellungnahme der Wirtschaftspartei bei der Abstimmung Kredite oder Subventionen gewährt worden sind.

Die Wirtschaftspartei hat bei ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler allerdings auf die durch die schwere Wirtschaftskrise bei den Genossenschafts-, Spar- und Gewerbebanken entstandenen großen Schwierigkeiten hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß im Interesse der Erhaltung der gesamten mittelständischen Wirtschaft die Reichsregierung dieser Frage ihre besondere Beachtung zuwenden möge.

Der Reichskanzler hat versichert, daß die Reichsregierung dieser vordringlichen Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und die in dieser Richtung bereits eingeleiteten Aktionen beschleunigt durchführen werde.

Um die Rückkehr Höpker-Aschoffs.

Ein Angriff des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 6. November.

Es wird in unterrichteten Kreisen mit der Tatsache gerechnet, daß Finanzminister Höpker-Aschoff auf seinen bisherigen Posten durch Ministerpräsident Braun zurückberufen wird.

Hierzu nimmt die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes Stellung. Sie wirft die Frage auf, ob es wirklich in Preußen keinen Mann geben sollte, der in der Lage wäre, Herrn Höpker-Aschoff zu ersetzen. In gutunterrichteten Kreisen und in Kreisen, die der preußischen Regierung nahestehen, so erklärt der „Beamtenbund", werde mit aller Bestimmtheit erklärt, Höpker-Aschoff hätte die Zustimmung zu seiner Rückberufung von Vollmachten abhängig gemacht, die ihm übertragen werden müßten, und zwar vor allem, soweit es sich um Maßnahmen in bezug auf die Beamtenschaft handelt. Augenblicklich sei Höpker-Aschoff nicht in Berlin. Falls also erklärt werden sollte, es könne mit ihm darüber nicht verhandelt worden sein, so stelle demgegenüber der „Beamtenbund" fest, daß bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit ihm Fühlung genommen worden sei. Bei dieser mehr inoffiziellen Fühlungnahme habe er die Uebertragung von Vollmachten dieser Art als Vorbedingung für die erneute Uebernahme des preußischen Finanzministeriums gestellt. Es sei also anzunehmen, daß er auch jetzt darauf beharrt. Diese Wiederberufung Höpker-Aschoffs zum preußischen Finanzminister würde in der Beamtenschaft Preußens und darüber hinaus — denn sein Einfluß hat sich weit über Preußen hinaus erstreckt — größte Erregung hervorrufen.

Die Zeitschrift schreibt dann weiter: Noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Gerade deshalb aber muß gesagt werden, daß eine Zurückberufung Höpker-Aschoffs auf seinen früheren Posten von der gesamten Beamtenschaft Preußens peinlich empfunden werden müßte, nachdem Dr. Höpker-Aschoff bewiesen hat, daß er auch ohne direkte Gehaltskürzung Maßnahmen gegen die Beamtenschaft treffen kann, die, wie der preußische Staatsrat einstimmig festgestellt hat, geeignet sind, die sozialen und kulturellen Lebensinteressen unseres Volkes zu beeinträchtigen, Maßnahmen treffen kann, von denen der preußische Staatsrat weiter gesagt hat, daß die Ersparnisse in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, der durch die Erschütterung des Rechtsbodens eingetreten ist."

Ein neues Siedlungsabkommen.

Erhebliche Steigerung der Siedlerstellen.

Berlin, 6. November.

Zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung ist in den letzten Wochen über ein Abkommen verhandelt worden, das voraussichtlich in der nächsten Woche endgültig erledigt wird und das eine erhebliche Vermehrung der Siedlerstellen in den nächsten Jahren zur Folge haben wird. Dieses Abkommen sieht eine wesentliche Vereinfachung der Siedlungsform vor und infolgedessen auch eine erhebliche Herabminderung der Siedlungskosten.

Nach den neuen Vereinbarungen wird eine Siedlerstelle voraussichtlich nur 8000 bis 9000 RM erfordern. Es ist von Bedeutung, daß für diese ländliche Siedlung auch Erwerbslose angesetzt werden sollen.

Nach dem jetzt vorliegenden Jahresergebnis für 1930 sind 8700 Siedler angesetzt worden. Das Programm für 1931 sieht die Ansetzung von 11 000 Siedlern vor. Trotz der aufgetretenen finanziellen Schwierigkeiten hofft man, dieses Programm voll durchzuführen. Auf Grund des neuen Abkommens kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der ländlichen Siedler für das nächste Jahr verdoppelt wird. Es ist weiter damit zu rechnen, daß Preußen nunmehr auch einen Landeskommissar für die Siedlung bestellt, und zwar dürfte voraussichtlich für dieses Amt der Siedlungsfachmann im Landwirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Bollert, bestellt werden.

Sozialdemokratischer Präsident.

Erste Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, 6. November.

Die erste Sitzung der Hamburger Bürgerschaft nahm entgegen den gehegten Befürchtungen einen ruhigen Verlauf.

Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidiums.

Da im ersten und zweiten Wahlgang eine Mehrheit nicht erreicht wurde, mußte Stichwahl erfolgen, bei der der sozialdemokratische Kandidat, Rechtsanwalt Dr. Ruscheweyh, 69 und der Nationalsozialist Harry Henningsen 56 Stimmen erhielt, so daß ersterer gewählt ist. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Holzmann und zum 2. Vizepräsidenten der Abgeordneten Landahl (Staatspartei) gewählt.

Das neue englische Kabinett.

Im neuen englischen Kabinett ist Macdonald Premierminister und erster Lord des Schatzamtes.

Die übrigen Ministerien sind wie folgt besetzt:

Schatzkanzler Neville Chamberlain, Präsident des Handelsamtes Runciman.

Staatssekretäre:

Für Auswärtige Angelegenheiten Sir John Simon, für die Dominions Thomas, für die Kolonien Cuncliffe Lister, für Indien Sir Samuel Hoare, für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311107-10/fragment/page=0005